

# BERICHTE

## Bedrohung von außen und innere Schwierigkeiten

Korrespondentenbericht aus Birma

Von \* \* \*

Wer Kambodschas innenpolitische Verhältnisse näher kannte, wußte, daß Prinz Sihanouk schon seit einigen Jahren einen Staatsstreich der rechtsgerichteten Kräfte seines Landes erwartete. Weniger das Faktum als der Zeitpunkt des Coups kamen daher wohl für die Eingeweihten überraschend.

In einer ähnlichen Situation wie früher Sihanouk ist auch General Ne Win im nahen Birma. Wiewohl oder gerade weil alle Fäden der Politik und der Macht in seinen Händen zusammenlaufen, sind seit Jahren alle Beobachter in Erwartung eines Staatsstreichs, der allerdings in Birma vermutlich einen Linksrutsch bringen würde. Bis jetzt konnten gelegentliche Ansätze immer schon im Keim erstickt werden, was jedoch nicht dazu verführen sollte, das latente Vorhandensein einer solchen Gefahr zu leugnen.

In Anbetracht des für eventuelle Staatsstreichler aufmunternden Erfolges in Kambodscha und der spannungsreichen innenpolitischen Lage Birmas wurde es allgemein als Überraschung empfunden, als Ne Win ankündigen ließ, er werde zur Weltausstellung nach Osaka fahren. Daß Ne Win diese Reise unternehmen konnte, ist ein Zeichen des Selbstbewußtseins Ne Wins, der offensichtlich überzeugt ist, die Lage vollständig unter Kontrolle zu haben. Eine Reise zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist darüber hinaus aber die Frucht einer taktisch überaus geschickt operierenden Machtpolitik. Ne Win hat es während der letzten Jahre verstanden, sich mit einem Korps von Leuten zu umgeben, die zwar nominell fast alle hohe Armeerränge innehaben, in Wirklichkeit aber über keinen tatsächlichen Einfluß in der Armee verfügen. Bis dato gelang es Ne Win noch immer, die Versuche einzelner, sich eine eigene Hausmacht aufzubauen, rechtzeitig zu vereiteln. Eine der letzten Aktionen in dieser Richtung war am 3. Juli 1969 die Ernennung von vier jungen Stadtkommandanten, die dem Freundeskreis von Brigadier San Yu zugerechnet wurden, zu Stellvertretenden Ministern (Deputy Ministers)<sup>1</sup> — eine Position, die es bis dahin nicht gegeben hatte. Damit, daß diesen Männern das militärische Kommando entzogen wurde, wurde San Yus Einflußbereich geschwächt; gleichzeitig jedoch versucht Ne Win, diese Männer durch den Einsatz in den verschiedenen Ministerien zu späteren Führern heranzubilden. Das Wichtige für Ne Wins eigene Position ist dabei, daß alle diese Männer — die Mitglieder des Revolutionsrates eingerechnet — zwar Ansehen innerhalb ihrer Ministerien besitzen, aber keine darüber hinaus gehende Macht. Mit anderen Worten: Sie vollziehen die meist von Ne Win diktierten Beschlüsse des Revolutionsrates, doch ist diese Machtbefugnis wohl untrennbar an das Fortbestehen der Führerschaft Ne Wins gebunden.

<sup>1</sup> Maung Lwin (National Planning), Colonel Aung Pe (Mines), Colonel Sein Mya (Home Affairs) und Colonel Hle Phone (Foreign Affairs).

Der einzige Mann in Revolutionsrat und Regierung, der im Volk wie in der Armee über ein für Ne Win gefährliches Prestige verfügt, ist Brigadier Tin Pe. Man weiß, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden hitzköpfigen Männern selten ohne Reibungen verlief, denn Tin Pe hegte offene Sympathien für die Kommunisten und vertritt einen wesentlich schärfer sozialistisch ausgerichteten Kurs, als ihn Ne Win zugesteht. Bisher hatte Tin Pe seine Stellung immer erfolgreich zu verteidigen und auch einige seiner Ansichten in politische Wirklichkeit umzusetzen gewußt. Plötzlich und überraschend kam daher am 25. März die Erklärung des Revolutionsrates, daß Brigadier Tin Pe mit Wirkung vom 24. März seiner Funktionen als Handels- und als Genossenschaftsminister enthoben ist und ihm stattdessen die Ressorts „Relief, Resettlement and National Solidarity“ und „Social Welfare“ übertragen wurden. Colonel Maung Lwin, der vorher diese Ministerien unter sich hatte, übernahm Tin Pes alte Ministerien zusätzlich zum Außenministerium, das ihm nach U Thi Hans Rücktritt am 17. Juni 1969 zugewiesen worden war. Am 2. April flog Tin Pe nach London ab, um sich dort medizinischer Behandlung zu unterziehen. Seine Familie durfte ihn nicht begleiten.

Der Ressortwechsel Tin Pes ist das Endglied einer Kette von Ereignissen, die nur schwer rekonstruierbar sind, da ein Teil der Fakten nur aus Gerüchten erschlossen werden können. Fragen wir dennoch: Was war vorausgegangen?

Als Handelsminister war Tin Pe seit der Machtübernahme 1962 nicht nur die wesentliche Triebkraft in der Nationalisierungspolitik der Regierung, sondern auch verantwortlich für das weitgehende Versagen der Versorgungspläne. Wiederholt stellte sich Ne Win schützend vor ihn und erklärte, daß nicht Tin Pe, sondern der gesamte Revolutionsrat die politische Richtung bestimme. Dennoch war es kein Geheimnis, daß sich die Mehrzahl der im Handelsministerium und in der Güterverteilung tätigen Leute in den letzten Jahren zumindest mit stillschweigender Duldung des Ministers auf illegale Weise bereichert hatten. Bereits 1969 gelang es einigen, sich zu Botschaftsposten außerhalb des Landes abzusetzen und sich damit einem eventuellen Zugriff der Regierung vorläufig zu entziehen. Nachdem sich die Regierung entschlossen hatte, die Umsturandrohung des früheren Premierministers U Nu ernst zu nehmen<sup>2</sup>, stieg im Dezember und Januar die Zahl der Anträge aus diesem Personenkreis auf Versetzung zu Botschaften sprunghaft an, doch erfolgten nun kaum noch Neuernennungen. Etwa Mitte März setzte dann eine Verhaftungswelle ein, die sich zunächst gegen Beamte des Handelsministeriums und der Volksläden („People's Shops“) richtete, dann aber bald auch andere Leute erfaßte. Die Anschuldigungen lauteten teilweise auf Unterschlagung und Korruption, teilweise auf Verbreitung unzüchtiger Bilder. Soweit zu erfahren war, wurden die Spitzenpersonen nach kurzer Zeit wieder entlassen und unter Hausarrest gestellt. Bei den kleineren Fischen, die in diesem Netz hängen blieben, wird sich die Untersuchung sicherlich länger hinziehen.

Während diese Aktionen Tin Pes „Sturz“ – wenn man es vergrößernd einmal so nennen will – einrahmten, geschah ein anderes wichtiges Ereignis am gleichen Tag, wurde allerdings erst am 7. April in den Zeitungen gemeldet: Am 24. März 1970 erfolgte der erste Angriff auf den Grenzposten Kyukok auf der Straße vom birmanischen Lashio zum chinesischen Lungling (Provinz Yünnan). Die Meldung in den Zeitungen war kurz und scheinbar wenig aufschlußreich:

<sup>2</sup> Vgl. Internationales Asienforum, Nr. 2, April 1970, S. 148–153.

Regierungsgruppen mußten Kyukok, eine Stadt im nördlichen Shan-Staat nahe der Grenze mit der Volksrepublik China am 28. März verlassen, teilte das Verteidigungsministerium der News Agency Burma (Internal) mit.

Eine starke Macht kommunistischer Rebellen griff eine Kompanie der birmanischen Armee, die in Kyukok stationiert war, am 24. März 1970 an. Die verteidigende Truppe war bemüht, die internationalen Gepflogenheiten nicht zu verletzen und die sino-birmanischen Beziehungen nicht zu schädigen; daher konnte sie nicht ihre volle Kraft bei der Verteidigung der Stadt einsetzen, die nur 100 Yard von der Grenze entfernt ist. Die verteidigende Kompanie mußte die Stadt schließlich am 28. März verlassen.

Beide Seiten erlitten Verluste, wie zu erfahren war.

Was in der regierungsamtlichen Meldung als „kommunistische Rebellen“ bezeichnet wird, sind in Wirklichkeit mehr oder weniger reguläre rotchinesische Truppen. Gegen ihre Übermacht standen die Birmanen auf verlorenem Posten, und die Stellung wäre sicherlich auch verlorengegangen, wenn die Birmanen nicht wegen Munitionsmangel zur Feuereinstellung gezwungen worden wären. Das erwähnte Handikap der Grenz-nähe ist demgegenüber sekundär, wiewohl eine „Grenzverletzung“ vermutlich von Peking zu Repressalien ausgenützt worden wäre. Seit dem Rückzug der birmanischen Armee aus Kyukok herrscht ein totales Nachrichten-Blackout über die Vorgänge im nördlichen Shan-Staat, was keinesfalls auf eine Verbesserung der Gesamtlage schließen läßt.

Um so mehr beschäftigte dafür das Zusammenfallen der beiden Ereignisse die immer kombinationsfreudigen Gerüchtemacher in Rangun. Sehr schnell waren sie sich einig, daß es nicht zufällig war, sondern daß Brigadier Tin Pe mit dem Zwischenfall an der Grenze einen Staatsstreichversuch koordiniert hatte, der aber rechtzeitig entdeckt wurde. In mancher Hinsicht erscheint dieses Gerücht allerdings zu gut auf die Ereignisse zu passen, um wahr zu sein. Nehmen wir es daher als Gerücht zur Kenntnis, ohne ihm großen Wahrheitsgehalt beizumessen.

Trotz der Schwierigkeiten an der chinesischen Grenze war die teilweise Entmachtung Tin Pes wohl die entscheidende Tatsache, die General Ne Win die Reise nach Japan erlaubte<sup>3</sup>. Zwar ist ein jahreszeitlich bedingtes leichtes Anschwellen der Rebellen-tätigkeit zu verzeichnen, doch hat dies keineswegs bedrohliche Ausmaße. Die U-Nu-Anhänger unter Bo Yan Naing haben inzwischen, wie zu hören war, ihre Trainings-camps nach Birma hereinverlegt, und zwar in die Dschungelwälder der Tennasserim-koste und des Karenstaates. Sie sind hier vorläufig eine Rebellengruppe unter mehreren.

Am 26. April 1970 erschienen — nach längerem Schweigen über den U-Nu-Komplex — in allen Zeitungen Berichte über eine Pressekonferenz, bei der einige Überläufer aus U Nus Lager vorgestellt wurden. Das Bild, das sie von dessen Aktivitäten und Auftreten malten, ist völlig geeignet, potentielle Überläufer in Birma davon abzuhalten, ihr weiteres Schicksal mit dem U Nus zu verknüpfen. U Nu gebe, so hieß es, keinerlei Hilfe an Leute, die sich nach Bangkok durchschlagen, um sich seiner Sache anzuschließen. Die hohen Spenden, die er seinen Aussagen nach bei der Weltreise gesammelt hat, seien erlogen, um weitere Geldgeber zu finden. Im Augenblick lebe man von einem Diamantenpaket von etwa 3 Millionen DM Wert, das der frühere Wirtschaftsminister U Thwin bei seiner Flucht aus Birma im Oktober 1969 mitgebracht habe. Innerhalb der von U Nu ins Leben gerufenen „Parliamentary Democracy Party“

<sup>3</sup> Bezeichnenderweise erschien die Vorausankündigung der Reise an dem Tag in den Zeitungen, an dem Tin Pe Birma verlassen hat.

existierten bereits drei Parteien, die sich nur schwer miteinander vertragen. U Nu „Befreiungsarmee“, geleitet von Bo Yan Naing, bestehe lediglich aus 100 Leuten mit 15 bis 20 Gewehren — „Schmuggler, Kriminelle, davongelaufene Jugendliche und Schulversager“ nennt sie die englischsprachige „Working People's Daily“ (26. April 1970).

Alles in allem also ein überaus düsteres Bild, mit dem U Nu als politischer Phantast der Lächerlichkeit preisgegeben werden sollte. Aber im Grunde ist dies für die gegenwärtige Regierung viel zu schön, um wahr sein zu können. Wahr dürfte sein, daß U Nu niemandem in Bangkok hilft, denn — das deutete einer der Rückkehrer an — er hat niemanden zur Flucht nach Thailand aufgefordert und auch noch nicht das Zeichen zum Aufruhr gegeben. Wahr kann ebenfalls sein, daß er Geldgebern für den Fall eines späteren Sieges Pfründen in verschiedenen Wirtschaftszweigen verspricht — „Ausverkauf Birmas“ nennen es die Ranguner Zeitungen nicht ganz zu Unrecht. Ein solches Vorgehen entspräche völlig U Nus Verhalten bei den Wahlen von 1960, als er gefährliche Zugeständnisse an die verschiedensten Gruppen machte und dafür ihre Stimmen erhielt. Der Rest der gemachten Aussagen enthält vielleicht einen Wahrheitskern, der aber propagandistisch schwer entstellt ist.

Daß eine derartige propagandistische Aktion von der Ranguner Regierung unternommen wurde, ist nicht erstaunlich, stimmt es doch mit früheren, gegen die Kommunisten gerichteten Aktionen überein. Nachdenklich macht jedoch das gewählte Datum, denn die der Presse vorgestellten Leute befanden sich bereits seit ein bis zwei Monaten in den Händen der Regierung. Über den Grund für die Wahl des Datums kann man allerdings nur Vermutungen anstellen. Eine Möglichkeit ist, daß ein geheimer Radiosender, der, wie die Zeitungen meldeten, zunächst vom 16. bis 21. April — in Wirklichkeit schon seit etwa Februar — von der thailändischen Grenze aus aktiv war, zu starken Widerhall in der Bevölkerung fand. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, daß Rangun geheime Informationen erhielt, daß U Nu in seinen Verhandlungen mit den schon länger operierenden Rebellengruppen überraschende Erfolge erzielen konnte. Sollte es ihm nämlich wider Erwarten gelingen, vor allem die rechten Gruppen der Shan und der Karen unter seiner Sache zu „konzertierten Aktionen“ zu vereinigen, würde der Ranguner Regierung daraus eine ernste Gefahr erwachsen, die sie im späteren Verlauf vielleicht sogar zu einem Einlenken zwingen würde.

Wenn man nicht an ein Zusammentreffen mehrerer Gründe denken will, muß man wohl der dritten Möglichkeit die größte Wahrscheinlichkeit zusprechen: Die Regierung wollte die Aufmerksamkeit der Bevölkerung weglenken vom Fünften Seminar des Zentralen Volksarbeiterrates („Central People's Workers' Council“ — CPWC), das am 24. April 1970 eröffnet wurde, so daß in den Zeitungen der U Nu-Report dem Eröffnungsbericht mit einem Tag Abstand folgte. Bei diesem Seminar wurden nämlich bittere Klagen und schwere Vorwürfe gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung erhoben, die selbst in der mildernden Berichterstattung der Zeitung noch eine deutliche Sprache sprechen. Es war das in den letzten Jahren immer häufiger zu hörende Lied von mangelnder Koordination zwischen den einzelnen Abteilungen, von Überproduktion relativ unnötiger Dinge und vom Produktionsabfall wichtiger Produkte, wobei dieser meist auf ungenügend oder ganz ausbleibende Rohstoffzufuhr (s. mangelnde Koordination) zurückzuführen ist. In vielen Fällen mußten Fabriken aus diesen Gründen zeitweise schließen, wodurch die jeweilige Belegschaft arbeitslos wurde.

Daß derartige Angriffe im Lauf des CPWC-Seminars vorgebracht würden, war voraussehen. In diesem Moment konnte die „Entmythologisierung“ der U-Nu-Bewegung einen doppelten Effekt haben: Einmal lenkte es — wie schon gesagt — die Bevölkerung ab, zum anderen sollte den Delegierten des Seminars deutlich gemacht werden, daß sie auf keine Änderung der Verhältnisse durch Hilfe von außen hoffen durften, sondern daß der Revolutionsrat unter General Ne Win weiterhin die Politik allein bestimmen werde, so daß es über deren Richtung weder Zweifel noch Diskussion gab.

Die Angriffe selbst wurden nicht weiter behandelt — sieht man davon ab, daß kurzorisch Abhilfe versprochen wurde. Sie wurden im wesentlichen dadurch abgefangen, daß man die Angreifer nach probater Methode in Diskussionen und Leitartikeln als nicht linientreu abklassifizierte, wie etwa in „Working People's Daily“ vom 30. April 1970:

Das fünfte Treffen des Zentralen Arbeiterrates schließt heute. Die fünftägige Diskussion, die dem Jahresbericht des Exekutivkomitees folgte, versuchte, den ganzen Bereich von Arbeiterproblemen zu erfassen. Unvermeidlicherweise war viel von dem, was gesagt wurde, eine Mischung aus sachgemäß und unverschämt. Einige Mitglieder brachten ihre Punkte vor und bedienten sich dabei gut der revolutionären Betrachtungsweise von Lage und Problemen. Andere schossen am Ziel vorbei und glitten häufig in den ausgetretenen Graben von Gedankenklischees ab.

Die Zeit ist wohl gekommen für die Arbeiterräte, genauer auf sich selbst zu blicken und auf die Rolle, die sie spielen sollen. Diese Rolle ist ausreichend definiert, aber möglicherweise entgeht dies Leuten, die von den Problemen ihres eigenen Gesichtskreises so in Anspruch genommen werden, daß sie die richtige Perspektive verlieren und vergessen, daß sie Teil des Bildes sind und nicht das Bild selbst. Gelegentliche Selbstprüfung, die mit Objektivität durchgeführt wird, ist, was sie offensichtlich brauchen, und vorurteilsfreie Meinung von außenstehenden Beobachtern kann ebenfalls helfen . . .

Trotz einer solch abweisenden Reaktion sieht sich die Regierung augenscheinlich gezwungen, die Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Bauern nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Bei seiner Ansprache zum 1. Mai kündigte Industrieminister Colonel Maung Shwe an, daß in die „Security and Administration Councils“ (SAC), die schon beim Bauernseminar Ende Februar wegen ihrer bürokratischen Selbstherrlichkeit angegriffen worden waren, künftig auch Vertreter der Arbeiter- und Bauernräte aufgenommen werden sollen. Daß damit die Gründe für die wachsende Unruhe in der Bevölkerung mit einem Mal aus dem Weg geschafft wären, darf jedoch selbst ein unverbesserlicher Optimist kaum erhoffen.